

Dienstag, 02. Juli 2019

**Unionsfraktion verärgert über Scholz' Anzeigenkampagne für Grundsteuer**



Begehrte Halbhöhen-Lage in Stuttgart  
Mit einer Anzeigenkampagne zur Grundsteuer hat das SPD-geführte Bundesfinanzministerium den Koalitionspartner CDU/CSU verärgert. - (dpa/dpa/picture-alliance/Archiv / dpa )

Mit einer Anzeigenkampagne zur Grundsteuer hat das SPD-geführte Bundesfinanzministerium den Koalitionspartner CDU/CSU verärgert. Der Unions-Mittelstandspolitiker Hans Michelbach (CSU) warf dem Ministerium am Dienstag Irreführung vor und forderte Ressortchef Olaf Scholz (SPD) auf, die Kampagne sofort zu stoppen.

Michelbach kritisierte, die Zeitungsanzeigen enthielten falsche Angaben. Zudem setze sich das Ministerium auf "unerträgliche" Weise über den Bundestag hinweg, indem es für ein Gesetzt werbe, dass noch gar nicht verabschiedet sei.

In der Anzeige des Finanzministeriums, die in mehreren großen Tageszeitungen erschien, heißt es, die Grundsteuer werde durch die geplante Neuordnung "gerechter", weil sie in Zukunft auf Grundlage "realer Werte" erhoben werde.

Michelbach nahm Anstoß an der Aussage, dass die neue Grundsteuer gerechter sei. Eigentümer oder Mieter müssten künftig "ungeachtet ihrer persönlichen finanziellen Verhältnisse nur deshalb mehr Grundsteuer zahlen", weil die Immobilie in einem Gebiet mit steigenden Preisen liege. "Hier wird Gerechtigkeit gesagt, aber Sozialneid gemeint", kritisierte Michelbach.

Die Berechnung anhand realer Werte war vor allem ein Anliegen der SPD. Die Union, allen voran das CSU-geführte Bayern, setzten in dem Entwurf eine Öffnungsklausel durch, die es den Ländern erlaubt, die Steuer künftig weiterhin unabhängig vom aktuellen Wert der Immobilie zu berechnen.

Michelbach warf dem Bundesfinanzminister vor, er unterstelle mit der "falschen Darstellung" jenen Ländern, die von der vorgesehenen Öffnungsklausel Gebrauch machen wollten, sie verweigerten sich einer gerechten Besteuerung. "Das ist ungeheuerlich und falsch", kritisierte er.

Die Einigung sieht vor, dass jedes Bundesland eine eigene Berechnungsweise einführen darf. Hierzu ist allerdings eine Grundgesetzänderung nötig, für die Schwarz-Rot mit der Opposition reden muss. Sowohl im Bundestag als auch Bundesrat ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Berlin (AFP) / © 2019 AFP

[zurück](javascript:history.back())

https://www.tah.de/welt/afp-news-single/unionsfraktion-veraergert-ueber-scholz-anzeigenkampagne-fuer-grundsteuer.html